

Vereinigung der Kassenpsychotherapeuten

Berufsverband der niedergelassenen psychologischen Psychotherapeutinnen und -therapeuten und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeutinnen und -therapeuten - e.V.
Sitz Bonn, gegr. 1984



Der Landesvorstand

Mecklenburg-Vorpommern

Landesvorsitzende/Geschäftsstelle
DP Karen Franz
Rudolf-Breitscheid-Str. 7
23936 Grevesmühlen
Tel 03881/79050
Fax 03881/ 7589924
Mail franz.gvm@t-online.de

DP Martina Bahnsen
Am Mühlenort 4
17489 Greifswald
Tel 03834/897690
Fax 03834/897693
Mail Martina.Bahnsen@t-online.de

Mitgliederinformation 26.Mai 2002

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich schicke Ihnen heute meinen Bericht vom 4. Ostdeutschen Kassenärztetag, der gestern in Rostock stattfand und an dem ich mit Interesse teilgenommen habe. Im Anhang finden Sie die zwei Seiten umfassende „Rostocker Erklärung“, die dort verabschiedet wurde.

Ich möchte Sie auch auf die neue Homepage unserer Landesgruppe aufmerksam machen, die Sie unter www.vereinigung-mv.de finden. Die Seite ist noch im Aufbau begriffen, Sie können sich gerne mit Hinweisen und Anregungen beteiligen. Auf unserer Homepage wollen wir in erster Linie über die lokale Berufspolitik informieren. Wenn demnächst die Bundes-Homepage ihre Umgestaltung erlebt, wird es auch von dort einen Link nach M-V geben. Die Rundbriefe und Informationen aus M-V erhalten Sie natürlich nach wie vor auch per Fax/Post.

4. Ostdeutscher Kassenärztetag

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich berichte Ihnen über den 4. Ostdeutschen Kassenärztetag, der im Vorfeld des deutschen Ärztetages am 25.5.2002 in Rostock stattfand.

Die Stadthalle war mit mehr als 900 Ärzten und Psychotherapeuten gut besucht, als **Dr. Andreas Crusius**, Präsident der Ärztekammer M-V mit seinem Grußwort die Veranstaltung eröffnete. Dann sprach **Angela Merkel**, CDU und ging zunächst in Wahlkampfmanier auf die Verfehlungen der Gesundheitspolitik in der gegenwärtigen Legislaturperiode ein. Die Sozialabgaben sollten unter 40 % bleiben, d.h. auch, die Krankenkassenbeiträge sollten nicht weiter ansteigen. Als eine Grundaussage der CDU-Gesundheitspolitik bezeichnete sie, zum einen Normaltarif in frei wählbarem Umfang und damit Preis einzuführen, zum anderen aber auch einen Selbstbehalt für darüber hinausgehende Leistungen. Die CDU spreche sich auch für einen Prophylaxe-Bonus aus. Frau Merkel wandte sich gegen unnötige Reglementierungen, die den Wettbewerb einschränken sowie gegen die allgegenwärtige Verschiebung von Verantwortlichkeiten. Sie kritisierte im weiteren die Aufspaltung des ärztlichen Tuns in abrechenbare Einheiten, wie sie z.B. bei den DRGs entstehe.

Dr. Dieter Thomae, FDP, bezeichnete in seinem Beitrag, den er in Vertretung von Guido Westerwelle hielt, die Freiberuflichkeit als Säule des Gesundheitswesens. Die Budgetierung zerstöre das Gesundheitssystem, deshalb müssten statt Budgets feste Preise her. Er forderte statt des bisherigen Sachleistungsprinzips die Kostenerstattung und Bonusregelungen. Der Arbeitgeberanteil solle unbesteuert an den Arbeitnehmer ausbezahlt werden, der dann seine Krankenkasse frei wählt.

Dr. Wolfgang Eckert erklärte bereits zu Beginn seines Beitrags, dass in Mecklenburg-Vorpommern nur zwei von drei Praxis-Sitzen bei den Hausärzten und Psychologischen Psychotherapeuten besetzt sind. Er wies auf das höhere Morbiditätsrisiko im Osten hin und forderte zur Entbürokratisierung des Gesundheitswesens die Einheitskrankenkasse. Die DMPs würden aufgrund der Probleme mit der Datensicherheit moralische Probleme für die beteiligten Behandler erzeugen. „Ärzte sind nicht die IM der Krankenkassen!“ Dr. Eckert forderte auch eine angemessene Vergütung der Psychotherapeuten zu Lasten der Krankenkassen, nicht zu Lasten der Fachärzte. Zum Thema ärztlicher Notdienst machte er den Vorschlag, die qualifizierten Ärzte des MDK in die Notdienste einzubinden. Er bekam für seine Rede standing ovations des Publikums. In der anschließenden angeregten Podiumsdiskussion sagte der KBV-Vorsitzende **Dr. Richter-Reichhelm**, dass die Selbstausbeutung der Ost-Ärzte nicht mehr weitergehen dürfe. Es müsse ermittelt werden, was ein an einer bestimmten Erkrankung leidender Patient für Behandlung bedürfe, die dann zu festen Preisen bezahlt werden müsse. Der CDU-Landesvorsitzende **Eckhard Rehberg** wies darauf hin, dass 1/3 des Umsatzes der Pharmaunternehmen für Werbung und Marketing ausgegeben werde. Damit würden beim Patienten Bedürfnisse geweckt, die das Gesundheitswesen nicht erfüllen könne.

Zum Abschluss der Veranstaltung wurde die „**Rostocker Erklärung**“ der **Arbeitsgemeinschaft der KVen der neuen Länder** verabschiedet, die sich in Punkt 6 explizit mit der psychotherapeutischen Versorgung befasst. Sie finden diese Erklärung im Anhang.

Ich verbleibe mit herzlichen Grüßen

K. Franz